

19. Mai 2026

## PM: Höhere Beamtenbesoldung | Statement vom Bund der Steuerzahler Thüringen e. V.

**Erfurt.** Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht die Thüringische Landesregierung vor einer massiven finanziellen Kraftanstrengung: Ca. 415 Millionen Euro, so der MDR, an Mehrausgaben müssen allein für die Beamtenbesoldung besorgt werden. Für den Bund der Steuerzahler (BdSt) Thüringen e.V. ist klar: Dieser dreistellige Millionenbetrag stellt eine massive Hürde für den Freistaat dar. Er lässt sich nicht allein durch kurzfristige Einsparungen im aktuellen Haushalt stemmen. Stattdessen zwingt dieser Umstand die Landesregierung zu einer längst überfälligen Zukunftsreform des Staatsdienstes und des gesamten Verhältnisses zwischen öffentlichem Dienst und Staat.

„Es ist für uns unerklärlich, wie es möglich war, dass für den Fall dieses Urteils keine zweckgebundenen Rücklagen im Thüringer Haushalt 2026 / 2027 vorgesehen wurden. Wir dürfen nicht länger von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr auf Sicht fahren. Wir hoffen, dass es hier nicht zu einem Thüringer Sondervermögen kommen wird.“, erklärt Dr. Wolfgang Oehring, Vorstandsvorsitzender des BdSt Thüringen.

Um den Landeshaushalt nachhaltig zu entlasten und Generationengerechtigkeit zu sichern, fordert der BdSt Thüringen die schnelle Umsetzung von zwei Kernmaßnahmen:

- **Konsequenter Verbeamtungsstopp bei allen nicht-hoheitlichen Aufgaben:**

Gemäß Thüringer Haushalt 2026 / 27 sind von 48.531 Planstellen genau 9.587 Arbeitnehmer und ganz 38.944 Beamte vorgesehen für das Jahr 2026. Der Beamtenstatus muss künftig konsequent und ausschließlich auf jene Bereiche beschränkt werden, in denen er aus hoheitlicher Sicht zwingend erforderlich ist – namentlich die Polizei, die Justiz und Kernbereiche der Finanzverwaltung. Für alle Aufgaben, die nicht diesen hoheitlichen Kern betreffen, fordert der BdSt einen strikten Verbeamtungsstopp. Das gilt insbesondere auch für den Bildungsbereich: Die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern darf nicht weiter forciert werden. Angesichts des demografischen Wandels ist ein „Weiter so“ im öffentlichen Dienst brandgefährlich. Der Thüringer Beamtenapparat darf nicht weiterwachsen, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war – er muss langfristig und spürbar schrumpfen. Eine moderne, digitalisierte Verwaltung muss schlanker und effizienter aufgestellt sein.

- **Stopp der Abwerbung aus der freien Wirtschaft:**

Der Staat darf den Beamtenstatus nicht länger als Instrument nutzen, um Fachkräfte aus der Wirtschaft abzuwerben. Die dadurch entstehenden, langfristigen Pensionsansprüche belasten als Hypothek kommende Generationen und treiben die Kosten für den Freistaat unkontrolliert in die Höhe.

### Pressekontakt:

Bund der Steuerzahler Thüringen e.V.  
Grit Haucke  
Grundsatzreferentin  
Telefon: +49 361/2170-796  
presse@steuerzahler-thueringen.de